

# getting involved

PARLAMENTE ALS AKTEURE WIRKSAMER  
ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Eine Nachlese zur gleichnamigen Veranstaltung  
im österreichischen Parlament



# getting involved

PARLAMENTE ALS AKTEURE WIRKSAMER  
ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Eine Nachlese zur gleichnamigen Veranstaltung  
im österreichischen Parlament

# VORWORT

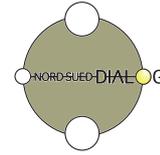
Der **Parlamentarische Nord-Süd Dialog** ist ein Projekt der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, mit dem zentralen Ziel einer Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Unterstützung von Entwicklungspolitik und internationaler Zusammenarbeit auf nationaler und bilateraler Ebene.

Das Projekt ist auf drei Säulen aufgebaut:

- » Informationsvermittlung für Abgeordnete und MitarbeiterInnen des österreichischen Parlaments zu relevanten und aktuellen entwicklungspolitischen Themen und Trends
- » Stärkung der AWEPA-Sektion (Association of European Parliamentarians for Africa) im österreichischen Parlament
- » Aufbau einer parlamentarischen Partnerschaft bzw. einer politischen und technischen Kooperation zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament

Die Thematik der Erhöhung der Wirksamkeit von Maßnahmen und Instrumenten der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit steht seit dem 2. Hochrangigen Forum in Paris im Jahr 2005 im Fokus internationaler entwicklungspolitischer Debatten.

Die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit begründete eine Neuorientierung der internationalen Entwicklungspo-



litik und der Nord-Süd Beziehungen zwischen den OECD-Staaten und ihren Partnerländern im Süden und Osten. Das Ziel einer Effektivitätssteigerung der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit, die verstärkt als Partnerschaft mit wechselseitigen Verantwortungen und Pflichten definiert wird, soll durch die Formulierung konkreter Ziele erreicht werden.

Bei der Erstellung der Pariser Erklärung spielten Parlamente und ihre Abgeordneten lediglich eine marginale Rolle, aus der sie sich jedoch zunehmend befreien konnten. Vor allem seit dem Aktionsplan von Accra, der beim 3. Hochrangigen Forum in der ghanaischen Hauptstadt Accra im Jahr 2008 erarbeitet wurde, bringen sich ParlamentarierInnen aktiv bei der Umsetzung der Pariser Erklärung ein. Nur wenn die Neuordnung der internationalen Zusammenarbeit von einer breiten Basis getragen wird hat sie Aussicht auf Erfolg. ParlamentarierInnen, als gewählte VertreterInnen des Volkes, zählen in diesem Zusammenhang zu den wichtigsten Umsetzungs- und vor allem Kontrollorganen.

Unter dem Motto „Getting Involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit“ fand am 24. Juni 2009 eine Veranstaltung im österreichischen Parlament statt, in der ExpertInnen und ParlamentarierInnen aus Europa und Afrika über die aktuelle Situation und die Möglichkeiten diskutierten, die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, sowie die Notwendigkeit, Parlamente

stärker in die Prozesse der Pariser Erklärung einzubinden erörterten.

Die vorliegende Broschüre ist eine Nachlese zu dieser Veranstaltung. Sie beinhaltet jedoch auch weiterführende Informationen zu den Hintergründen und konkreten Inhalten der Pariser Erklärung (Kapitel 1), zu der Notwendigkeit, Parlamente in die jeweiligen Ausarbeitungs- und Umsetzungsprozesse einzubinden (Kapitel 2), sowie zu den Möglichkeiten, wie das österreichische Parlament seine Kompetenzen für die erfolgreiche Umsetzung der Pariser Erklärung einsetzen kann (Kapitel 3). Im Gesamten ergibt sich ein Bild, das den aktuellen Status sowie Herausforderungen hinsichtlich einer Erreichung der Ziele der Pariser Erklärung darlegt, und Wege aufzeigt, wie sich Parlamente und Abgeordnete aktiv und zielgerichtet in den Umsetzungsprozess der Pariser Erklärung einbinden können.

Mit der Bereitstellung dieser Informationen ist auch die Hoffnung verknüpft, dass in den nächsten Jahren maßgebliche Schritte zum Fortschritt bei der Umsetzung der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb des österreichischen Parlaments und bei den verantwortlichen Regierungsstellen gesetzt werden.

Wien, Oktober 2009

## HerausgeberInnen

Parlamentarischer Nord-Süd Dialog

Mag.<sup>a</sup> Jutta Kepplinger, Dr.<sup>in</sup> Ingrid Pranger, Michael Fink, NR a. D. Inge Jäger

Hollergasse 2-4, 1150 Wien, Tel. +43-1-89145-343

[www.nordsued-dialog.org](http://www.nordsued-dialog.org)



## Im Zuge der Recherchen für diese Broschüre standen uns für Interviews zur Verfügung:

Dr. Ulrich Golaszinski, Leiter des Afrika-Referats der Friedrich-Ebert-Stiftung

MR Mag. Anton Mair, stellvertretender Leiter der Sektion VII. Entwicklungszusammenarbeit und Leiter der Abteilung VII.2. Entwicklungspolitik, Strategie und Evaluierung des Bundesministeriums für europäische und internationale Entwicklung

Mag.<sup>a</sup> Ruth Picker, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

Dr.<sup>in</sup> Anita Weiss-Gänger, Sektion VII. Entwicklungszusammenarbeit des Bundesministeriums für europäische und internationale Entwicklung und OECD/DAC Delegierte

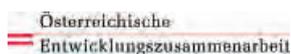
Mag. Robert Zeiner, Leiter Programme und Projekte International der Austrian Development Agency, ADA

## Gestaltung

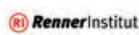
kest – strategie, kommunikation, design. Linz / [www.kest.net](http://www.kest.net)

**Für die Bereitstellung eines Großteils des Bildmaterials bedanken wir uns herzlich bei der Austrian Development Agency (ADA) / Mag.<sup>a</sup> Heidi Liedler-Frank.**

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansichten der RedakteurInnen und AutorInnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit dar.



Das Projekt Parlamentarischer Nord-Süd Dialog wird von folgenden Organisationen inhaltlich unterstützt:



# Randnotizen zur Gestaltung

Visuelle Darstellungen sozialer Themen enden meistens in Eintönigkeit und vorgegebener Zurückhaltung. „Mitleid“ ist oft das bestimmende Thema bzw. Motiv. Dieses Mitleid hat aber mit dem Verständnis für die Situation der Menschen und dem Streben nach Entwicklung sinngemäß wenig zu tun. So entschieden wir uns bewusst für eine direkte Aufmachung, die einen Überblick über den Entwicklungsstand vor Ort schafft und zum genaueren Hinsehen auffordert.

Farbverläufe symbolisieren Entwicklungsprozesse. Nur durch Zusammenspiel von Prozessen und deren richtigem Mischverhältnis kann effektive Entwicklungsarbeit geleistet werden.

Alltagsbilder vermitteln Lebensweisen. Der Mensch rückt als soziales Wesen in den Mittelpunkt, mit all seinen Wünschen und Bedürfnissen.

Agentur kest, 2009

## Abkürzungen

AAA	Accra Agenda For Action (Aktionsplan von Accra)
ADA	Austrian Development Agency
AG Globale Verantwortung	Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe – Globale Verantwortung
AWEPA	Association of European Parliamentarians for Africa
BMeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BNE	Bruttonationaleinkommen
DAC	Development Assistance Committee (Entwicklungsausschuss der OECD)
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
HLF	High Level Forum (Hochrangiges Forum)
IPU	Inter-Parliamentary Union (Inter-Parlamentarische Union)
MDGs	Millennium Development Goals (Millennium Entwicklungsziele)
NEPAD	New Partnership for Africa's Development
NGO	Non-Governmental Organisation (Nichtregierungsorganisation)
ODA	Official Development Assistance (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
UN(O)	United Nations (Organisation) (Vereinte Nationen)
WP-EFF	Working Party on Aid Effectiveness (Arbeitsgruppe zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit)
ZGO	Zivilgesellschaftliche Organisation



© Sebastian Reich HBF

# INHALT

	<b>VORWORT</b>
10 / 11	Nationalratspräsidentin Mag. <sup>a</sup> Barbara Prammer / Außenminister Dr. Michael Spindelegger
	<b>KAPITEL 1</b>
14	Die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit
	<b>KAPITEL 2</b>
24	Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit
	<b>KAPITEL 3</b>
34	Politische und gesellschaftliche Aufwertung von Entwicklungszusammenarbeit
	<b>KAPITEL 4</b>
46	Zusammenfassung
	<b>ANHANG</b>
48	Agenda der Veranstaltung „Getting Involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit
50	Quellenangaben



**W**as muss geschehen, um Entwicklungszusammenarbeit wirksamer zu gestalten? Spätestens seit der Erklärung von Paris 2005 wird diese Frage auf internationaler Ebene intensiv diskutiert.

VertreterInnen parlamentarischer Organisationen wie AWEPA (European Parliamentarians for Africa) sind folgender Überzeugung:

*Die Aufwertung der Rolle der Parlamente ist ein wesentlicher Faktor für die nachhaltige Erhöhung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit.*

Beim 3. Hochrangigen Forum in Accra 2008 setzten sie sich daher dafür ein, dass Parlamente in ihrer Rolle als Gesetzgeber und in ihrer Funktion als oberstes Kontrollorgan der Regierung eines Landes als Akteure einer wirksamen Entwicklungszusammenarbeit stärker wahrgenommen werden. Darüber hinaus sollen Parlamente auch in den Diskussionsprozess rund um die Weiterentwicklung der Zielsetzungen und Maßnahmen vermehrt eingebunden werden.

Auf der Ebene des österreichischen Parlaments versuchen wir im Rahmen des – von allen Parteien unterstützten – Projektes „*Parlamentarischer Nord-Süd Dialog*“ durch die Bereitstellung von Informationen zu entwicklungspolitisch relevanten und aktuellen Themen einen Beitrag zu einer lebendigen und zielorientierten Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Im Rahmen dieses Projektes besteht auch eine Partnerschaft mit dem Parlament in Mosambik und das Bestreben, die Arbeit von AWEPA durch eine eigene AWEPA Sektion zu stärken.

Ich freue mich, dass mit der vorliegenden Broschüre, die eine Nachlese zur Veranstaltung „*Getting involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit*“ im Rahmen unseres Projektes darstellt, eine Informationsgrundlage für die österreichischen Abgeordneten ausgearbeitet wurde, von der ich hoffe, dass sie Impulse zu einem verstärkten Engagement der Abgeordneten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit als auch im Projekt *Parlamentarischer Nord-Süd Dialog* setzen wird.

Mag.<sup>a</sup> Barbara Prammer  
Nationalratspräsidentin

Wirksame und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit setzt das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte voraus.

Als gewählte und legitimierte VertreterInnen der BürgerInnen nehmen ParlamentarierInnen in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle ein.

Auf die Stimme der ParlamentarierInnen, sowohl in den Geber- wie auch in den Partnerländern, kann und darf nicht verzichtet werden.

So ist es eine wesentliche Aufgabe von Parlamenten in den Geberländern, das politische Bekenntnis zur Entwicklungszusammenarbeit aufrechtzuerhalten. In den Partnerländern hingegen fungieren sie als Kontrollinstanzen, die die Verwendung der Gelder der Geberländer diskutieren und kontrollieren. Auch wird durch die Rechenschaftspflicht der Parlamente gegenüber den BürgerInnen des jeweiligen Landes die für eine nachhaltige und wirksame Entwicklung unerlässliche Eigenverantwortung gestärkt.

Für mich als ehemaligen zweiten Nationalratspräsidenten ist es besonders erfreulich zu sehen, wie – auf nationaler und internationaler Ebene – das Bewusstsein um die bedeutende Rolle der Parlamente wächst.

Ich begrüße das Engagement des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs und bin überzeugt, dass sowohl Veranstaltungen wie jene vom 24. Juni „Getting Involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit“ als auch die vorliegende Broschüre dazu beitragen, dieses wichtige Thema weiter voranzutreiben.

Dr. Michael Spindelegger  
Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten







# Die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

## Hintergründe und Zusammenhänge eines Paradigmenwechsels

Im Jahr 2005 verabschiedete die internationale Staatengemeinschaft der OECD- und ihrer Partnerländer eine Vereinbarung zur Effektivitätssteigerung der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Die Pariser Erklärung gilt seither als Angelpunkt der gegenwärtigen Entwicklungszusammenarbeit.

Im Rahmen der 55. Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2000 in New York bezeichneten die Staats- und Regierungschefs die Armut auf allen Kontinenten als eines der gravierendsten und vordringlichsten Probleme des 21. Jahrhunderts. Noch immer leben Millionen von Menschen in Armut und haben darüber hinaus nur geringe Chancen und Möglichkeiten, aus eigener Kraft ihre Lebensumstände zu verbessern. Die acht Millennium Development Goals (MDGs), die auf diesem Gipfeltreffen definiert wurden, stellen einen Meilenstein innerhalb der Ansätze zur Armutsbekämpfung der letzten Jahrzehnte dar. Bis zum Jahr 2015 sollen die, durch messbare Indikatoren, festgelegten Ziele erreicht werden.

### Die UN-Millennium Entwicklungsziele für 2015

1. Bekämpfung von extremer Armut und Hunger – Anteil der Menschen halbieren, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben bzw. die Hunger leiden
2. Primarschulbildung für alle Mädchen und Jungen gewährleisten
3. Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen
4. Senkung der Kindersterblichkeit von Unter-Fünf-Jährigen um zwei Drittel
5. Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter – Senkung der Sterblichkeitsrate um drei Viertel

6. Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
7. Verbesserung des Umweltschutzes im Sinne einer ökologischen Nachhaltigkeit
8. Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

Quelle: Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen verabschiedet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Abschluss des Millenniumsgipfels in New York vom 6. – 8. September 2000

Im Zusammenhang mit der Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen zur Erreichung der MDGs wurde von den UN-Mitgliedsstaaten im Monterrey Konsensus des Jahres 2002 die Erhöhung der finan-

zusammenarbeit eröffnet. Eine maßgebliche Initiative wurde vom OECD-Entwicklungsausschuss (Development Assistance Committee, DAC) gestartet. Bereits im Jahr 2003 fand in Rom das I. Hochrangige Forum unter der Ägide des OECD-Entwicklungsausschusses statt, in der eine Verpflichtung zur Harmonisierung der Entwicklungshilfe, eine verstärkte Fokussierung der Hilfe auf die Prioritäten der Partnerländer, sowie eine intensivere Nutzung der Systeme und Abläufe in den Partnerländern vereinbart wurde. In Round-Table-Gesprächen über ergebnisorientiertes EZA-Management in Marrakesch im Februar 2004 wurden diese Prinzipien weiter vertieft und um jenes der Ergebnisorientierung erweitert.



ziellen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) eines Landes bekräftigt. Besonders hervorgehoben wurde jedoch, dass auch eine qualitative Verbesserung der internationalen EZA notwendig sei. Somit war die Diskussion rund um die Wirksamkeit von Entwicklungshilfe und anderen Leistungen der Entwicklungs-

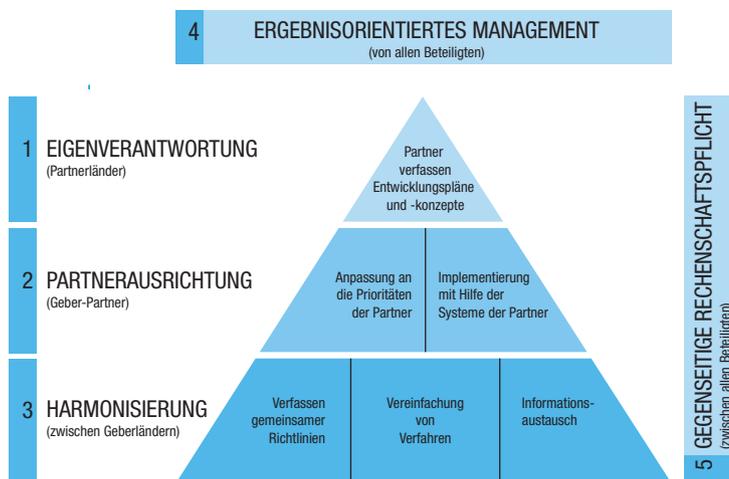
Das Ziel der OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) ist es, durch Dialog und wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Entwicklung der Weltwirtschaft beizutragen. Der OECD-Entwicklungsausschuss (Development Assistance Committee, DAC) übernimmt innerhalb dieses Rahmens die Agenden der Entwicklungszusammenarbeit.

Die OECD organisiert Hochrangige Foren (High Level Forum, HLF) um wesentliche Aspekte wirtschaftlicher Kooperation und Entwicklungszusammenarbeit auf höchster politischer Ebene zu diskutieren. Teilnehmende sind VertreterInnen von zuständigen Ministerien und leitende BeamtInnen der jeweiligen Länder, VertreterInnen von internationalen Organisationen, MitarbeiterInnen von Weltbank und anderen multilateralen Banken, sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaften.

Aus: Wille und Wege zur Wirkung. Die Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und ihre Folgen. Hrsg: Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe und Cercle de Coopération Luxembourg, Wien, November 2008.

Im 2. Hochrangigen Forum der OECD in Paris im März 2005 bekräftigten die TeilnehmerInnen ihre Entschlossenheit, weit reichende und überprüfbare Maßnahmen zu ergreifen, um die Modalitäten der Abwicklung und Verwaltung der EZA zu reformieren. „Hilfe muss jene erreichen, die sie benötigen“, war die Kernaussage des Forums. Entsprechend basierte die Abschlusserklärung von Paris (Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit) auf fünf Grundsätzen unter denen es wahrscheinlicher erscheint, dass die Wirksamkeit der EZA erhöht werden kann. Zusätzlich wurde jedoch betont, dass es auch eine volumenmäßigen Erhöhung der Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) geben muss, um letztendlich die Reduzierung von Armut und Ungleichheit erreichen zu können.

In den fünf Prinzipien der Pariser Erklärung spiegeln sich zugleich die Versäumnisse der Vergangenheit als auch die Notwendigkeiten der Zukunft in Bezug auf eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung der Länder des Südens wider. Die Aspekte Eigenverantwortung der Partnerländer und Ausrichtung der Zusammenarbeit an Strukturen, Strategien und Systemen der PartnerInnen haben darin großes Gewicht. Planung und Durchführung der EZA sollen sich künftig mehr an Ergebnissen und weniger an Inputs orientieren.



Die fünf Prinzipien der Pariser Erklärung

Quelle: Adaptiert nach "Pre-Conference Presentation on the Third High Level Forum on Aid Effectiveness" unter [www.acrahlf.net](http://www.acrahlf.net).

## Die fünf Prinzipien der Pariser Erklärung

Eigenverantwortung (Ownership), steht für die Führungsrolle der Länder des Südens bei der Konzeption und Umsetzung ihrer nationalen Entwicklungsstrategien. Die nationalen Parlamente sollen auch die BürgerInnen und NGOs mit einbeziehen. Eine verlässliche, vorausschauende und mittelfristige Finanzplanung ist dafür die Voraussetzung.

Die Partnerausrichtung (Alignment) verpflichtet die Geberländer, sich in EZA-Belangen wie Finanzierungsmanagement, Beschaffungssystemen, Fortschrittsüberprüfungen, etc. an den nationalen Systemen der Partnerländer zu orientieren. Die Partnerländer prüfen ihre Kapazitäten in den genannten Bereichen, initiieren gegebenenfalls Reformen und schaffen Möglichkeiten zur verlässlichen Bewertung der nationalen Systeme.

Unter Harmonisierung (Harmonisation) werden die Bemühungen der Geberländer zusammengefasst, ihre Vorgehensweisen untereinander abzustimmen. Eine effektive Arbeitsteilung und eine Vereinfachung der Geberverfahren werden angestrebt.

Ein Ergebnisorientiertes Management (Managing for Results) soll Voraussetzungen für Erfolge schaffen. Dazu gehört erstens, dass die Geberländer ihre Kriterien zur Bewertung der Fortschritte untereinander harmonisieren, um die Berichterstattung für die Partnerländer zu vereinfachen.

Zweitens werden die Partnerländer zur Erhebung und Bereitstellung verlässlicher Daten verpflichtet. Drittens sollen Zwischenergebnisse als Grundlage für eine ergebnisorientierte Weiterentwicklung der nationalen Entwicklungsstrategien verwendet werden.

Durch die Gegenseitige Rechenschaftspflicht (Mutual Accountability) soll vor allem die gemeinsame Evaluierung der Fortschritte und die transparente Verwendung der Gelder vorangetrieben werden. Auch die Einbindung von Parlament und Zivilgesellschaft der jeweiligen Länder ist wesentlich für dieses Prinzip.

Aus: Wille und Wege zur Wirkung. Die Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und ihre Folgen. Hrsg: Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe und Cercle de Coopération Luxembourg, Wien, November 2008.

---

Die Pariser Erklärung enthält insgesamt 56 Partnerschaftsverpflichtungen, die innerhalb des jeweiligen Prinzips entweder für die Geber-, die Partnerländer oder beide Seiten gelten. Für zwölf dieser Verpflichtungen wurden Zielvorgaben in Form von Indikatoren erarbeitet. Diese Vorgaben sollen bis 2010 erreicht sein und werden regelmäßig vom OECD-Entwicklungsausschuss überprüft. Im Jahr 2006 wurden in einer Basisstudie die Grunddaten erhoben, die die Ausgangspunkte für die angestrebten Verbesserungen bilden. 34 Partnerländer stellten für diese Studie ihre landesspezifischen Daten und relevanten Statistiken des Jahres 2005 zur Verfügung. Zum Teil ergab diese Erhebung eindeutige Ergebnisse, die als unmissverständliche Handlungsaufforderungen verstanden werden sollten. Beispielsweise wurden in diesen 34 Ländern 1.817 parallele Projekteinheiten der Geber registriert, d. h. außerhalb der nationalen Strukturen der Partnerländer angesiedelte Projekte und entsprechende Strukturen zur Verwaltung dieser Projekte.

PRINZIP – EIGENVERANTWORTUNG	ZIELVORGABE FÜR 2010
<p>1 Die Partnerländer verfügen über nationale Entwicklungsstrategien mit klaren strategischen Prioritäten, die in einen mittelfristigen Ausgabenrahmen eingebunden sind und sich im Jahreshaushalt widerspiegeln</p>	<p>Mindestens 75% verfügen über Entwicklungsstrategien</p>
PRINZIP – PARTNERAUSRICHTUNG	ZIELVORGABEN FÜR 2010
<p>2 Zahl der Partnerländer mit zuverlässig funktionierenden öffentlichen Beschaffungs- und Finanzmanagementsystemen</p>	<p>Öffentliches Finanzmanagement – Die Hälfte der Partnerländer ist auf einer von der OECD entwickelten Skala um mindestens eine Stufe höher gerückt</p> <hr/> <p>Beschaffungswesen – Ein Drittel der Partnerländer ist auf der zur Leistungsmessung für diesen Indikator verwendeten Vier-Punkte-Skala um mindestens eine Stufe höher gerückt</p>
<p>3 Prozentsatz der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen, der im nationalen Haushalt des Partnerlands ausgewiesen ist</p>	<p>Halbierung des Anteils der ODA-Leistungen für den Staatssektor, die nicht im Staatshaushalt ausgewiesen sind</p>
<p>4 Prozentsatz der für den Kapazitätsaufbau vorgesehenen geberseitigen Unterstützung, die im Rahmen koordinierter Programme im Einklang mit den Entwicklungsstrategien der Partner erbracht wird</p>	<p>50% der Leistungen für Technische Zusammenarbeit werden im Rahmen koordinierter Programme im Einklang mit den nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer eingesetzt</p>
<p>5a Nutzung der Ländersysteme für öffentliches Finanzmanagement – Prozentsatz der Geber und EZA-Leistungen, die die entsprechenden Systeme der Partnerländer nutzen</p>	<p>Alle Geber bzw. 90% der Geber nutzen die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer</p> <hr/> <p>Zwei-Drittel-Reduzierung bzw. Ein-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer nutzen</p>
<p>5b Nutzung der Beschaffungssysteme der Länder – Prozentsatz der Geber und ODA-Leistungen, die die öffentlichen Beschaffungssysteme der Partnerländer nutzen</p>	<p>Alle Geber bzw. 90% der Geber nutzen die Systeme der Partnerländer für öffentliche Beschaffungen</p> <hr/> <p>Zwei-Drittel-Reduzierung bzw. Ein-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Beschaffungssysteme der Partnerländer nutzen</p>

6	Zahl paralleler Projektdurchführungseinheiten pro Land	Zwei-Drittel-Reduzierung der Zahl paralleler Projektdurchführungseinheiten pro Land
7	Prozentsatz der ODA-Leistungen, die gemäß einem vereinbarten Zeitplan im Rahmen einer jährlichen oder mehrjährigen Planung ausbezahlt werden	Halbierung des Anteils der ODA-Leistungen, die im vereinbarten Finanzjahr nicht planmäßig ausbezahlt werden
8	Aufhebung der Lieferbindung – Prozentsatz der bilateralen ODA-Leistungen ohne Lieferbindung	Kontinuierliche Fortschritte im Zeitverlauf
<b>PRINZIP – HARMONISIERUNG</b>		<b>ZIELVORGABEN FÜR 2010</b>
9	Nutzung gemeinsamer Vorkehrungen oder Verfahren – Prozentsatz der ODA-Leistungen, die im Rahmen programmorientierter Ansätze bereitgestellt werden	66% der ODA-Leistungen werden im Rahmen programmorientierter Ansätze bereitgestellt
10	Förderung gemeinsamer Analysen – Prozentsatz der a) Feldmissionen und/oder b) Länderanalysen, die gemeinsam durchgeführt werden	a) 40% der Geber-Feldmissionen werden gemeinsam durchgeführt
		b) 66% der Länderanalysen werden gemeinsam durchgeführt
<b>PRINZIP – ERGEBNISORIENTIERTES MANAGEMENT</b>		<b>ZIELVORGABE FÜR 2010</b>
11	Zahl der Länder mit transparenten, durch Monitoring überprüfbaren Rahmen für die Leistungsbewertung, die eine Messung der Fortschritte im Verhältnis zu den nationalen Entwicklungsstrategien und den Sektorprogrammen ermöglichen	Reduzierung des Anteils der Länder ohne transparenten, durch Monitoring überprüfbaren Rahmen für die Leistungsbewertung um ein Drittel
<b>GEGENSEITIGE RECHENSCHAFTSPFLICHT</b>		<b>ZIELVORGABE FÜR 2010</b>
12	Zahl der Partnerländer, die gegenseitige Bewertungen der Fortschritte bei der Umsetzung der in Bezug auf die EZA-Wirksamkeit eingegangenen Verpflichtungen durchführen	Alle Partnerländer verfügen über Systeme zur gegenseitigen Bewertung der erzielten Fortschritte

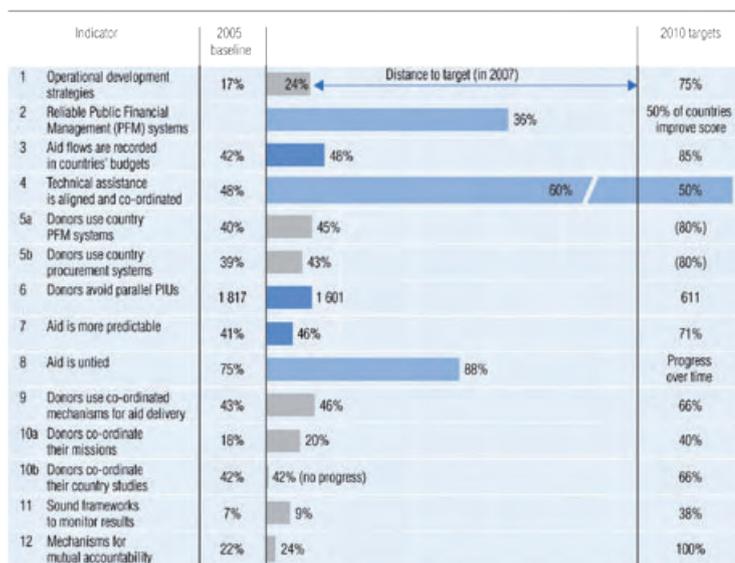
Fortschrittsindikatoren der Pariser Erklärung für die Messung auf nationaler und das Monitoring auf internationaler Ebene  
(Quelle: Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit; Deutsche Übersetzung der OECD, 2006; Adaptiert und gekürzt).

In Vorbereitung auf das 3. Hochrangige Forum der OECD in Accra (Ghana) im September 2008, wurde eine zweite Monitoring-Studie zur Überprüfung der Fortschritte durchgeführt, an der 55 Geber- und Partnerländer sowie internationale Organisationen teilnahmen. Die wesentliche Aussage dieser Studie ist, dass zwar Fortschritte in allen Bereichen erzielt wurden, dass diese aber für eine Zielerreichung zu gering sind und zu langsam gemacht werden. Erwähnenswert sind die Fortschritte bei Indikator 2, d. h. 36% der Partnerländer haben die Qualität ihrer Systeme für das Management von öffentlichen Finanzen ausreichend verbessert, und bei Indikator 8, der Aufhebung von Lieferbindungen. 88% der bilateralen ODA-Leistungen werden nunmehr ohne Lieferbindung getätigt, d.h. die Gewährung eines Kredites wird nicht mehr mit der Auflage verbunden, das Geld zum Kauf von Gütern und/oder Dienstleistungen aus dem Geberland zu verwenden. Auf Länderebene mussten jedoch in einigen der untersuchten Länder Rückschritte in einzelnen Bereichen verzeichnet werden.



Kritisiert wurden zudem die mangelnde Unterstützung der einzelnen Maßnahmen seitens der Politik, sowie die unzureichende Einbindung von gesellschaftlichen und politischen AkteurInnen außerhalb von Regierungen und offiziellen Geberinstitutionen. Die inadäquate Einbeziehung der Parlamente in den Prozess der Effektivitätssteigerung der EZA wird von ParlamentarierInnen des Nordens und Südens als großes Manko der Pariser Erklärung angesehen, denn von entscheidender Bedeutung ist eine klare Zuweisung von Ressourcen in den nationalen Budgets, die von den Parlamenten abgesegnet und in der Folge kontrolliert werden soll.

Sowohl von Seiten der Parlamente als auch zivilgesellschaftlicher Institutionen und Organisationen wurden im Vorfeld des 3. Hochrangigen Forums For-



Fortschritte in Bezug auf die einzelnen Ziele der Pariser Erklärung

(Quelle: OECD-DAC: Aid Effectiveness: A Progress Report on Implementing the Paris Declaration, 2009)



derungskataloge erarbeitet und in Accra präsentiert, die die Vorteile einer verstärkten Zusammenarbeit und Einbindung in die Prozesse rund um die Wirksamkeit der EZA skizzieren.

Der Aktionsplan von Accra (Accra Agenda for Action, AAA), der von den Delegierten in Ghana verabschiedet wurde, enthält Verfeinerungen der bisherigen Zielsetzungen und Handlungsmaximen, die die Zielerreichung der Pariser Erklärung beschleunigen sollen. Parlamenten kommt im Aktionsplan von Accra wesentlich mehr Bedeutung zu. Die Eigenverantwortung der Partnerländer wird nach wie vor als Schlüssel zum Erfolg bezeichnet. Regierungen sollen ihre jeweiligen Führungsrollen in verstärkter Kooperation mit Parlamenten, Organisationen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, sowie dem Privatsektor und den Medien wahrnehmen.

Sowohl die bisherigen Monitoring-Berichte als auch der Aktionsplan von Accra sind klare Aufrufe zum Handeln, denn ohne größere Anstrengungen und ein gezielteres Vorgehen können die Ziele für 2010 nicht erreicht werden. Eine Evaluierung inwieweit die Ziele erreicht wurden ist für 2011 geplant.

## OEZA reagiert auf Pariser Erklärung

Auch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) betrachtet die Pariser Erklärung seit 2005 als übergeordneten Bezugsrahmen für ihre jeweiligen EZA-Aktivitäten und berücksichtigt die zentralen Prinzipien in ihren strategischen und operativen Dokumenten, beispielsweise im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik oder dem Arbeitsprogramm der Austrian Development Agency (ADA). Wie in den meisten Unterzeichnerstaaten der Pariser Erklärung wurde in Österreich vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) und der ADA (Austrian Development Agency) ein Aktionsplan zur Steigerung der Wirksamkeit der EZA für den Zeitraum 2006 bis 2010/II erstellt, an dem sich die relevanten und zuständigen Institutionen und Organisationen orientieren. Basierend auf diesem Plan soll die Wirksamkeit der jeweiligen Maßnahmen erhöht und speziell auf die unterschiedlichen Situationen in den Partnerländern eingegangen werden.





# Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit

## Demokratisierung des Wirksamkeitsprozesses zwischen Anspruch und Wirklichkeit

AWEPA fordert mehr Mitsprache für Parlamente in ihrer Rolle als Gesetzgeber und Kontrollinstanz der Regierungen bei der Gestaltung und Umsetzung wirksamer Entwicklungszusammenarbeit sowie im politischen Dialog. In enger Kooperation mit der OECD-Arbeitsgruppe zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (WP-EEF), der Inter-Parliamentary Union (IPU) und anderen Partnern auf parlamentarischer Ebene in Afrika, arbeitet AWEPA daran, die Einbindung von Parlamenten und ParlamentarierInnen in den Wirksamkeitsprozess zu unterstützen und zu überwachen.



„Für die Entwicklung und Wohlfahrt eines Staates haben leistungsfähige politische, institutionelle Koordinations- und Steuerungsstrukturen entscheidende Bedeutung. Ohne entsprechende Institutionen, die überprüfbare Verfahren und ein berechenbares Zusammenwirken gesellschaftlicher Akteure gewährleisten, steht Politik und jede entwicklungspolitische Maßnahme auf wackeligen Füßen.“

(Prof. Roland Czada in „Good Governance und Demokratieförderung zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ – Ein Diskussionspapier)

Die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit wird international als bedeutender Schritt zur Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungshilfe angesehen. Kritik an der Erklärung und ihren Leitprinzipien kam dennoch rasch, vor allem von Seiten

der Zivilgesellschaft und der Vertreterorganisationen nationaler Parlamente, wie AWEPA (European Parliamentarians for Africa). Dabei stellte niemand den eigentlichen Kern der Erklärung in Frage, dass Entwicklungszusammenarbeit und -hilfe nur dann wirksam und zielgerichtet sein kann, wenn einerseits die Partnerländer selbst ihre Prioritäten festlegen und andererseits die Geber ihre Hilfe harmonisieren. AWEPA kritisierte jedoch, dass sich die Leitprinzipien der Pariser Erklärung zu sehr auf die Unterstützung der Exekutive in den Geber- und Partnerländern konzentrierten und dabei die zentrale Institution der Demokratie eines Landes, das Parlament, ignoriert wurde. Parlamente und Abgeordnete wurden in der Pariser Erklärung nicht als wichtige Akteure im Wirksamkeitsprozess identifiziert, und einer breiten demokratischen Beteiligung bei der Umsetzung der Prinzipien der Erklärung wurde im Norden wie im Süden wenig Bedeutung geschenkt.

Das Prinzip der Eigenverantwortung (Ownership) erscheint AWEPA daher in nicht ausreichendem Maß gewährleistet, zumal sich laut den Leitlinien der Erklärung der Austausch über Geleistetes, Erreichtes und den damit verbundenen Bedingungen häufig nur auf der Exekutiveebene abspielen sollte und besonders die Parlamente in den Partnerländern als Ansprechpartner nur unzureichend erwähnt wurden. Auch im Bereich der Gegenseitigen Rechenschaftspflicht (Mutual Accountability), sieht AWEPA die Rolle der nationalen Parlamente als zu wenig beachtet und fordert, dass Parlamente in ihrer Rolle als Gesetzgeber und in ihrer Funktion als oberstes Kontrollorgan der Regierung eines Landes stärker als Akteure wahrgenommen werden müssen, um das Prinzip der unabhängigen, demokratischen Kontrolle im Rahmen der Umsetzung der Pariser Erklärung zu gewährleisten. AWEPA argumentiert weiters, dass Parlamente sowohl im Norden als auch im Süden auf-



grund ihrer Stellung im demokratischen Rechtsgefüge per se die rechtliche Autorität haben, das Budget zu kontrollieren und von der Regierung Rechenschaft über die Verwendung der Mittel zu verlangen, und daher eine Einbindung nicht zuletzt den gegebenen demokratischen Spielregeln entspricht.



## Kritik an der Pariser Erklärung: Mangelnde Einbindung der Parlamente

„Wir, die für die Förderung der Entwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister aus Industriestaaten und Entwicklungsländern sowie Leiterinnen und Leiter multilateraler und bilateraler Entwicklungsinstitutionen, bekunden anlässlich unserer Tagung in Paris am 2. März 2005 unsere Entschlossenheit, weitreichende, durch Monitoring überprüfbare Maßnahmen zu ergreifen, um im Blick auf die noch in diesem Jahr vorgesehene VN-Fünfjahresbilanz der Millenniumserklärung und Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) unsere Modalitäten der EZ-Abwicklung und -Verwaltung zu reformieren...“

Aus: Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (2005) <http://www.oecd.org/dataoecd/37/39/35023537.pdf>

“It is evident that parliaments have not been systematically included, engaged or targeted by those leading the reform. The Paris Declaration was signed in 2005 by representatives of governments and donor agencies who generally did not seek discussion in parliament. Within the monitoring process, parliaments were not involved in the surveys conducted. Moreover, parliaments are not mentioned in the Paris Declaration indicators or targets for 2011.”

Auszug aus der Rede von Brendan Howlin im Rahmen der Veranstaltung „Getting involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit“ am 24. Juni 2009 im österreichischen Parlament. Brendan Howlin ist stellvertretender Präsident des irischen Repräsentantenhauses (Dáil Éireann) und AWEPA Vizepräsident.

Mit dem Ansatz, dass bei der Umsetzung der Pariser Erklärung demokratische Grundregeln unbedingt beachtet werden müssen, ist es AWEPA und ihren Partnerorganisationen (u.a. die Inter-Parliamentary Union (IPU), Parliamentarians for Global Action

(PGA) und die NEPAD Contact Group for African Parliamentarians (NCGAP)) daher ein Anliegen, dass nationale Parlamente nicht nur verstärkt in die Umsetzung der Pariser Erklärung an sich eingebunden werden, sondern sie fordern vor allem auch eine stärkere Einbindung von Parlamenten und deren Vertreterorganisationen in den Diskussionsprozess rund um die Weiterentwicklung der Prinzipien, Maßnahmen, Ziele und Indikatoren der Pariser Erklärung. Eine entscheidende Initiative im Zusammenhang mit der Einbindung der Parlamente in den Wirksamkeitsprozess startete in Kapstadt im April 2008, als Mitglieder der IPU eine Resolution zur „Parlamentarischen Oberaufsicht über staatliche Entwicklungshilfe“ verabschiedeten. Dieses Dokument wurde im Rahmen des AWEPA Pan Afrika Forums in Nairobi im August 2008 diskutiert und darauf aufbauend eine Liste von Empfehlungen verabschiedet.

Mit dem Anspruch aktiv mit zu reden und mit zu gestalten wurde diese Liste von einer Delegation von ParlamentarierInnen aus den Geber- und Partnerländern unter der Leitung von AWEPA im Rahmen des 3. Hochrangigen Forums in Accra im September 2008 eingebracht. Die demokratische Eigenverantwortung der Nationalstaaten bei der Umsetzung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit sollte durch umfassende Beteiligungsrechte sowohl für Parlamente als auch für die Zivilgesellschaft gestärkt werden.

Die Delegation konnte es daher als beachtlichen Erfolg verbuchen, maßgeblich dazu beigetragen zu haben, dass im Abschlussdokument des Forums, dem Aktionsplan von Accra (AAA), der Artikel 24b eingefügt wurde und auch der Bedeutung der Parlamente zur Gewährleistung von Transparenz und Rechenschaftspflicht im Vorfeld der Erstellung

des Aktionsplan von Accra mehr Platz eingeräumt wurde. Parlamente sollen dem Aktionsplan von Accra zufolge zukünftig in zwei Bereichen vermehrt tätig werden bzw. eingebunden sein:

- » Die Regierungen der Partnerländer werden aufgefordert, intensiver mit den Parlamenten im Bereich Monitoring zusammenzuarbeiten und Parlamente sind aufgefordert, vermehrt ihre Rolle als Kontrollinstanz der Regierung wahrzunehmen.
- » Die Parlamente in den Geberländern sind zudem aufgefordert, sich vermehrt in den politischen Dialog über Entwicklungszusammenarbeit einzubringen.

### Punkt 13 der Accra Agenda: Wir werden den entwicklungsbezogenen Politikdialog auf Länderebene ausweiten

13. Wir werden einen offenen und breit angelegten Dialog zur Entwicklungspolitik führen. Wir erkennen die entscheidende Rolle und Verantwortung der Parlamente bei der Sicherstellung der Eigenverantwortung der Länder für Entwicklungsprozesse an. Zur Förderung dieses Ziels werden wir wie folgt aktiv:

- » Die Geber leisten Unterstützung bei den Bemühungen zur Stärkung der Kapazitäten aller entwicklungspolitischen Akteure – Parlamente, Zentral- und Kommunalregierung, ZGO, Forschungseinrichtungen, Medien und Privatwirtschaft zur Übernahme einer aktiven Rolle beim Dialog über Entwicklungspolitik und über die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag zu den ländereigenen Entwicklungszielen.

## Wir erhöhen unsere ergebnisbezogene Rechenschaftspflicht und Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit

- » Wir verstärken unsere Bemühungen, gemäß der in der Paris-Erklärung getroffenen Vereinbarung bis 2010 in allen Ländern, die die Erklärung angenommen haben, Systeme zur gegenseitigen Bewertung einzurichten. Hierbei werden entstehende gute Praktiken zur stärkeren parlamentarischen Kontrolle und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger herangezogen. Im Rahmen der gegenseitigen Bewertungen ziehen wir einander zur Rechenschaft über gemeinsam vereinbarte Ergebnisse gemäß den ländereigenen Entwicklungs- und EZ-Politiken.

Aus „Aktionsplan von Accra“: <http://www.oecd.org/dataoecd/62/34/42564567.pdf>

Das Hochrangige Forum von Accra und der Aktionsplan von Accra führten einerseits zu einer Stärkung der Rolle der Parlamente in den Geber- und Partnerländern, andererseits wurde dadurch die Frage aufgeworfen, welche konkreten Schritte Parlamente tätigen müssen, um diesen neuen Verpflichtungen nachkommen zu können.

AWEPA setzt sich in ihren Projekten und ihrer Arbeit intensiv mit dieser Fragestellung auseinander und hat nachstehenden Handlungskatalog für ParlamentarierInnen aus Europa (E.P.) ausgearbeitet:

- » Etablierung von gemeinsamen ODA-Überwachungsteams (joint monitoring teams).
- » E.P. sollten sich beim Entwurf und der Überprüfung von internationalen Vereinbarungen bezogen auf Entwicklungshilfeleistungen einbringen.

- » E. P. sollten aktuelle Entwicklungen im Bereich Entwicklungshilfe modalitäten, Normen und Good Practices bzw. Bad Practices kritisch verfolgen und sich mit Botschaften und Entwicklungsagenten in den jeweiligen Partnerländern austauschen.
- » E.P. sollten eine allgemeine Übersicht über Implementierungsvereinbarungen, vereinbarte Maßnahmen und parlamentarische Entscheidungen entwerfen, um sicher zu stellen, dass diese entsprechend von der Regierung implementiert worden sind.
- » E.P. sollten die Geber nicht nur auf ihre im Rahmen der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit getroffenen Versprechen, sondern auch auf die Verringerung der an die Hilfe geknüpften Bindung, Transparenz und ihr Engagement im Bezug auf die Einbindung von afrikanischen Parlamenten zur Rechenschaft ziehen.
- » E.P. sollten sich in einem breit angelegten parlamentarischen Nord-Süd Dialog engagieren.
- » E.P. sollten sich in ihren eigenen Ländern führend an der Debatte über globale Veränderungen und Solidarität beteiligen, inklusive Handel und Verschuldung.
- » E.P. sollten nicht nur über die Entwicklungspolitik ihres Landes gut informiert sein, sondern auch selber aktiv zur Gestaltung dieser Politik beitragen – dies bezieht sich vor allem auf:
  - › Quantität der Hilfe und die daran geknüpften Bedingungen
  - › Entwicklungshilfe modalitäten und ihre Auswirkungen



- › Finanzielle Unterstützung in angemessener Höhe für parlamentarischen Kapazitätsaufbau (innerhalb der staatlichen Entwicklungshilfe ODA)

## Rolle der Parlamente

“We should have a common blueprint for parliaments’ role. That means sharing best practice, coordinating aid delivery and monitoring, and securing democratically agreed criteria for budget support in an open and transparent way. We, the parliamentarians are best placed to argue the case for development assistance, to resist unfair conditionalities and to ensure coordinated effort.”

Auszug aus der Rede von Brendan Howlin im Rahmen der Veranstaltung „Getting involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit“ am 24. Juni 2009 im österreichischen Parlament.

- › die Förderung der Nutzung der politischen Ländersysteme, insbesondere parlamentarische Kontrolle
- › Inkludierung aller Entwicklungshilfegelder, unabhängig von der Modalität der Auszahlung, in den nationalen Budgets und somit die Ermöglichung der Überprüfung der Verwendung der Mittel über die parlamentarische Kontrolle
- › Erstellung von verlässlichem statistischen Material und Transparenz im Hinblick auf die ODA Berichte
- › Verlässliche Informationen zu geplanten Strategien, Verwendung der Gelder sowie regelmäßige Berichterstattung

Um ihren Aufgaben nachkommen zu können benötigen Parlamente im Norden wie im Süden aber auch die entsprechenden personellen Kapazitäten sowie eine adäquate technische Infrastruktur.

In vielen Partnerländern sind diese Kapazitäten nicht vorhanden und auch die Stellung des Parlaments im institutionellen Gefüge des Staates ist noch nicht ausreichend gefestigt. Hier sind vor allem die Geberländer gefordert, capacity building Maßnahmen zu unterstützen, um es den Parlamenten der Partnerländer zu ermöglichen, ihre Kontroll- und Monitoringaufgaben besser erfüllen zu können.

Parlamente in den Geberländern wiederum können ihre Verantwortung nur dann erfolgreich wahrnehmen, wenn sie umfassend über die Gegebenheiten in ihren Partnerländern informiert sind und so

eine Basis für Argumentationen, Entscheidungen und Diskussionen bekommen. Politischer Dialog, per se eine Grundaufgabe eines Parlaments, und Informationsaustausch müssen daher als wichtige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Beitrag der Parlamente zur Erhöhung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit angesehen werden.



### Definition: politics & politics & policies

Die Politikwissenschaft unterteilt die politische Sphäre in drei Dimensionen. Da der diffuse deutsche Begriff „Politik“ mehrere Bedeutungsebenen hat, werden zur besseren Unterscheidung die aus dem anglo-amerikanischen Raum stammenden Begriffe „polities, politics und policies“ verwendet:

- » **Polities:** Strukturelle, formelle und institutionelle Dimension (Gesetzestexte, Verfassungsgrundsätze, Institutionen, etc.)
- » **Politics:** Dimension politischer Verfahren (Wahlverfahren, Abstimmungen, Lobbyismus, Öffentlichkeitsarbeit, etc.)
- » **Policies:** Inhaltliche Dimension, die die Gesamtheit eines inhaltlichen politischen Themenfeldes beschreibt. (Gesundheitspolitik, Entwicklungspolitik, etc.)

Quelle: Nohlen, Dieter/Schulze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Bd. 2, N-Z. Theorie, Methoden, Begriffe. Beck Verlag/München 2005

Der deutsche Politologe Dr. Ulrich Golaszinski von der Friedrich-Ebert Stiftung hält es in diesem Zusammenhang im Sinne einer Rollenzuschreibung der ParlamentarierInnen für zielführend,

dass diese sich insbesondere mit den politics und weniger mit den policies der EZA beschäftigen, also mehr mit der Herstellung eines positiven gesellschaftlichen und politischen Grundkonsens für die EZA und dem Prozess der politischen Entscheidungsfindung.

Konkrete Fragen zu Strategien, Inhalten oder Instrumenten können basierend auf diesem Konsens von den jeweiligen implementierenden AkteurInnen ausgearbeitet werden. Plakativ ausgedrückt bedeutet dies, die Rahmenvorgaben, in denen sich Entwicklungspolitik bewegt, müssen wieder verstärkt auf der legislativen Ebene definiert werden. Die Parlamente der Geberländer können als Motoren für einen breiten öffentlichen und politischen Diskurs zu entwicklungspolitischen Themen fungieren, sich dadurch bei der Umsetzung der Pariser Erklärung stärker involvieren, und den politischen Dialog voran treiben.

Konkrete Maßnahmen zur Stärkung des entwicklungspolitischen Dialogs könnten laut Golaszinski wie folgt aussehen:

- » Parlamentarische Gesprächskreise bilden, bei denen die politics der Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit NGOs, ExpertInnen und WissenschaftlerInnen diskutiert werden.



- » Einen offenen politischen Dialog auf gleicher Augenhöhe zwischen den Parlamenten im Norden und den Parlamenten im Süden etablieren, in dem Probleme gezielt angesprochen werden.
- » Sich über die internationale Parteebene durch Treffen mit Abgeordneten der ideologieverwandten Parteien einbinden.
- » Sich intensiver mit der Zivilgesellschaft auseinandersetzen, um den Kontakt zu der Bevölkerung zu intensivieren, und um auf gesellschaftliche Entwicklung besser reagieren zu können.
- » Viele dieser Maßnahmen werden in einem gewissen Rahmen auch schon jetzt von Parlamenten und ParlamentarierInnen wahrgenommen, bedürfen jedoch einer Fokussierung und müssen verstärkt resultatorientiert sein.

Ulrich Golaszinski weist darauf hin, dass derart gestaltete politische Dialoge auch immer durch EntwicklungsexpertInnen vorbereitet und begleitet werden müssen. Dies setzt wiederum voraus, dass die Geberländer und Parlamente bereit sind, dafür entsprechend Zeit und Geld zu investieren. Wollen sich Parlamente also bei der Umsetzung der Ziele der Pariser Erklärung aktiv einbringen, muss das Engagement hier ansetzen, oder wie Brendan Howlin

es formuliert hat: Die Verantwortung beginnt bei der Bereitschaft, sich zu informieren und sich zu engagieren.

## Die OECD Working Party on Aid Effectiveness (WP-EFF)

Die WP-EFF (Arbeitsgruppe zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit) ist eine internationale Partnerschaft von politischen EntscheidungsträgerInnen und in der Entwicklungshilfe tätigen Personen, die unter dem Dach des *OECD's Development Assistance Committee* operieren.

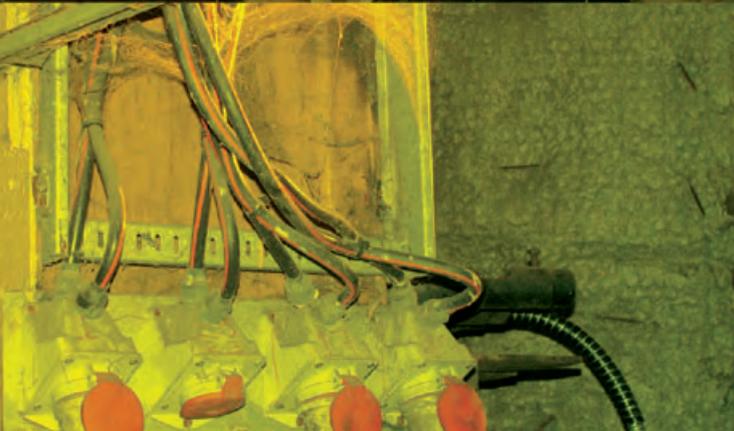
Die EFF-Arbeitsgruppe ist das zentrale Gremium, das den Monitoringprozess begleitet, und wo die nächsten Schritte und Zielsetzungen rund um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit diskutiert werden.

## High Level Meetings (Hochrangige Foren)

Die Arbeitsgruppe hat bisher drei Hochrangige Foren zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit organisiert: Rom 2003, Paris 2005 und Accra 2008. Das 4.Hochrangigen Forum wird 2011 in Seoul stattfinden.

AWEPA ist seit Accra sowohl in der Vollversammlung der WP-EFF als auch in den verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten. Besonders aktiv arbeitet AWEPA in der Arbeitsgruppe A „Gegenseitige Rechenschaftspflicht“ und in der Arbeitsgruppe B „Verwendung von Ländersystemen“ mit.

Die hier ausgeführte Beschreibung der Aufgaben und Rolle der WP-EFF lehnt sich an die Informationen auf der OECD Website [http://www.oecd.org/document/4/0,3343,en\\_2649-3236398-43414212-1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/4/0,3343,en_2649-3236398-43414212-1_1_1_1,00.html) an.







# Politische und gesellschaftliche Aufwertung von Entwicklungszusammenarbeit

Diskussionsbeiträge zur Rolle des österreichischen Parlaments bei der Umsetzung der Pariser Erklärung

Interviews mit VertreterInnen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, der Austrian Development Agency und der Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung für Entwicklung und Humanitäre Hilfe zu den möglichen Wirkungsbereichen von Parlamenten und Abgeordneten



In Österreich sind das BMeiA und die ADA im Bereich der staatlichen OEZA, und die AG Globale Verantwortung im Bereich der Nicht-Regierungsorganisationen (Non-Governmental Organisations, NGOs) maßgebliche Akteure der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit:

- » Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) ist für die strategische Ausrichtung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) zuständig und entwickelt entsprechende Strategien und Programme.
- » Die Austrian Development Agency (ADA) ist seit 2004 als Entwicklungsagentur des Bundes für die Umsetzung aller bilateralen Programme und Projekte der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) verantwortlich.
- » Die Dachorganisation GLOBALE VERANTWORTUNG – Arbeitsgemeinschaft für Ent-

wicklung und Humanitäre Hilfe (AG Globale Verantwortung) vertritt national und international die Interessen von derzeit 39 österreichischen Nichtregierungsorganisationen, die in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, entwicklungspolitische Inlandsarbeit, Humanitäre Hilfe sowie nachhaltige globale wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung tätig sind.

In Interviews skizzieren VertreterInnen der genannten Institutionen und Organisationen Möglichkeiten einer verstärkten Kooperation und ihre Anregungen, wie sich das österreichische Parlament und seine Abgeordneten bei der Umsetzung der Pariser Erklärung einbringen können.

## Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA)

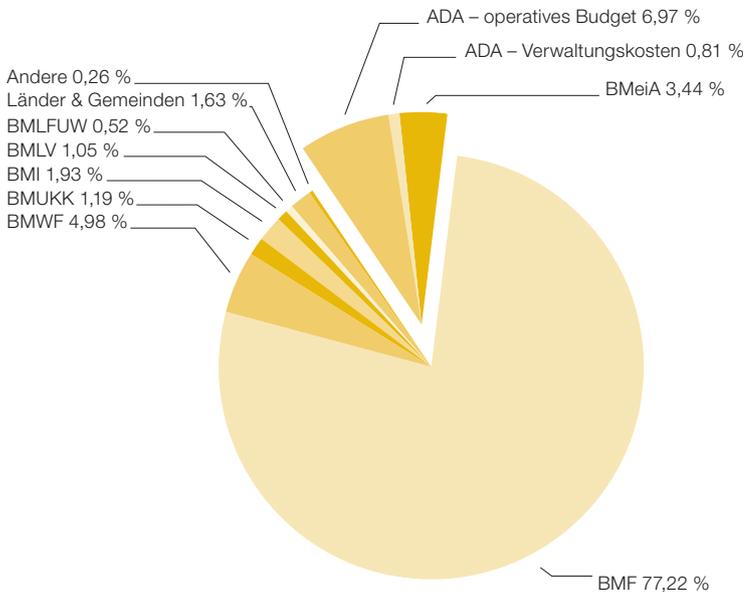
Interview mit Mag. Anton Mair, stellvertretender Leiter der Sektion VII. Entwicklungszusammenarbeit und Leiter der Abteilung VII.2. Entwicklungspolitik und Dr.<sup>in</sup> Anita Weiss-Gänger, Sektion VII. Entwicklungszusammenarbeit und OECD/DAC Delegierte

*Welche Rolle spielt das BMeiA bei der Umsetzung der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Österreich?*

Aufgrund der im EZA-Gesetz festgelegten Kompetenzverteilung kommt dem BMeiA bei der Umsetzung der Pariser Erklärung eine bedeutende Rolle zu, da es die Strategien und Programme der bilateralen österreichischen EZA konzipiert. Es muss in diesem Zusammenhang jedoch angemerkt werden, dass die gesamten gestaltbaren EZA-Mittel des BMeiA, die sich aus freiwilligen Beiträgen zu multilateralen Organi-

sationen und dem Beitrag zur ADA zusammensetzen, lediglich ca. 10% der gesamten österreichischen Official Development Assistance (ODA) betragen. Mit über 70% verwaltet das Bundesministerium für Finanzen den Großteil der ODA in Form von Schuldenerlässen und Beiträgen zu internationalen Finanzinstitutionen.

### Finanzierungsquellen der österreichischen Official Development Assistance (ODA) 2007:



Im Jahr 2007 betragen die gestaltbaren EZA-Mittel des BMeiA, die sich aus den freiwilligen Beiträgen zu multilateralen Institutionen und dem Beitrag zur Austrian Development Agency (ADA) zusammensetzen, gerade 11,22% der gesamten österreichischen ODA.

Quelle: OEZA-Bericht 2007, BMeiA/ADA

*Halten Sie die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit für den richtigen Weg, um Entwicklungshilfe effizienter und effektiver zu gestalten?*

Die Prinzipien der Pariser Erklärung und deren Umsetzung sind ein positiver Schritt in die richtige Richtung, da vor allem in Zeiten der Wirtschaftskrise mit weniger Mitteln effizienter gearbeitet werden muss, damit dieselben Resultate erreicht werden. Die Zusammenfassung der bestehenden Ansätze der internationalen EZA in den fünf Prinzipien der Pariser Erklärung, sowie die erstmals auf gleicher Ebene agierende Geber- und Empfängerseite werden als notwendige und richtige Optimierungen der Voraussetzungen bewertet.

*Wie könnte eine stärkere Involvierung von Parlamenten bei der Umsetzung der Pariser Erklärung auf Geberseite gewährleistet werden?*

Das Parlament ist bei der Umsetzung der Pariser Erklärung auf zwei unterschiedlichen Ebenen betroffen:

- » einerseits bei der regulären parlamentarischen Arbeit auf nationaler Ebene, und
- » andererseits auf multilateraler internationaler Ebene.

Bei letzterer bringen sich ParlamentarierInnen vor allem über die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen, wie bspw. AWEPA (Association of European Parliamentarians for Africa) bei der Umsetzung der Pariser Erklärung ein. Das BMeiA arbeitet mit öffentlichen Mitteln, ist rechenschaftspflichtig gegenüber der österreichischen Bevölkerung, und legt daher einen hohen Wert auf die Kontrollfunktionen des österreichischen Parlaments bei der Verwendung der EZA-Mittel. Daher gibt es innerhalb der Sektion



VII des BMeiA eine eigene Abteilung, die mit dem Parlament formale Kontakte pflegt und die Abgeordneten bei ihrer Arbeit unterstützt.

*Wie kann das österreichische Parlament dazu beitragen, die Wirksamkeit der OEZA zu erhöhen?*

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen des BMeiA hinsichtlich der österreichischen Entwicklungspolitik, ergeben sich einzelne Anregungen, wie die Abgeordneten des österreichischen Parlaments zur Umsetzung der Pariser Erklärung und damit zu einer effizienteren und wirksameren EZA beitragen können:

- » Ein fraktionsübergreifender Konsens der Parteien in Bezug auf eine positive Bewertung der Themenbereiche Entwicklungspolitik und EZA, um eine konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen, die garantiert, dass auch Österreich seinen Anteil am versprochenen Solidarbeitrag im Rahmen der internationalen Entwicklungsziele ohne Verzögerung erfüllen kann.
- » Die politische und gesellschaftliche Aufwertung der Entwicklungspolitik in Österreich durch

eine intensivere Thematisierung und politische Debatte zu entwicklungspolitischen Themen im Parlament, wobei eine Fokussierung auf sachliche Inhalte wichtig wäre. Das Parlament kann auf diese Weise die Brücke zur Bevölkerung schlagen, die laut DAC-Bericht der OECD zu über 70% die EZA als positiv bewertet. Zusätzlich können durch den entstehenden politischen Rückhalt weiter gehende Anregungen an die Regierung formuliert werden. Dazu zählen:

- › Die Erstellung eines Weißbuchs („White Paper“) der EZA in dem eine mittelfristige österreichische Entwicklungsstrategie von der gesamten Bundesregierung beschlossen werden sollte. Die wesentlichen Entwicklungsziele sollten darin ganzheitlich dargelegt und durch eine transparente und vorausschauende Aufstellung ihrer Finanzierung ergänzt werden. Dies würde einerseits die Planbarkeit für die Partnerländer sowie andererseits die Kontrollmöglichkeiten über den effektiven Einsatz der Mittel erhöhen.
- › Ausarbeitung eines rechtlich verbindlichen, gemeinsamen ODA-Budgetrahmen in dem vor allem jene Bereiche finanziell gestärkt werden, die mittel- bis langfristig vorhersagbar sind.



- » Einsatz für eine Erhöhung des ODA-Anteils auf 0,51% bzw. 0,7% des BNE, sowie für eine grundsätzliche Erhöhung der gestaltbaren EZA-Mittel des BMeiA, die für die bilateralen Programme in den Schwerpunktländern und -regionen der OEZA verwendet werden und unmittelbar bessere Lebensbedingungen und bessere Serviceleistungen für die arme Bevölkerung der ärmsten Länder bringen sollen. Hier sollten die Abgeordneten beim Finanzminister lobbyieren, und die Bedeutung einer langfristigen und vorhersagbaren EZA verdeutlichen.
  
- » Die verschiedenen Ausschüsse im Parlament, die sich direkt oder indirekt mit Fragen der EZA beschäftigen, könnten ihre Arbeit im Hinblick auf EZA pro-aktiver gestalten, vermehrt kommunizieren und damit zu einer kohärenteren Abstimmung der verschiedenen Politikbereiche beitragen.

## Austrian Development Agency (ADA)

Interview mit Mag. Robert Zeiner, Leiter Programme und Projekte

*Welche Rolle spielt die ADA bei der Umsetzung der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Österreich?*

Die im EZA-Gesetz festgelegte Rolle der ADA liegt in der Umsetzung und operativen Durchführung der mit dem BMeiA ausgearbeiteten Strategien und Programme der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA). Die ADA sorgt dafür, dass im Partnerland konkrete Ergebnisse und Wirkungen für die Menschen erreicht werden. Dafür werden die Instrumente ständig weiterentwickelt. Wir setzen auf eine Kombination aus Projekthilfe, Korbfinanzierungen und Budgethilfe, die wir an den Länderkontext anpassen. Auf diese Weise erzielen wir die besten Resultate und tragen somit zu den Zielen der Pariser



Erklärung und des Aktionsplan von Accra (Accra Agenda for Action – AAA) bei.

*Halten Sie die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit für den richtigen Weg, um Entwicklungshilfe effizienter und effektiver zu gestalten?*

Die Pariser Erklärung stellt einen Meilenstein dar, da sich erstmals eine große Anzahl wichtiger AkteurInnen der internationalen EZA an der Erstellung so einer Übereinkunft beteiligt haben und ihre Umsetzung aktiv betreiben. Neben Regierungen sind auch multilaterale Organisationen, VertreterInnen der Zivilgesellschaft sowie Parlamente in den Prozess integriert. Bei der Pariser Erklärung muss jedoch bedacht werden, dass es sich lediglich um ein Werkzeug der internationalen EZA handelt, und es immer von der adäquaten Anwendung und der Entschlossenheit und Konsequenz aller Beteiligten abhängt, wie wirksam dieses Werkzeug sein kann.

*ParlamentarierInnen forderten in Accra eine verstärkte Einbindung der Parlamente in die Prozesse zur Erhöhung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit ein. Inwiefern unterliegen die Maßnahmen und Instrumente, die zur Erreichung der Zielvorgaben umgesetzt werden, dem Einfluss des Parlaments?*

Die ADA sieht die Rolle des österreichischen Parlaments vor allem in der öffentlichen Thematisierung von entwicklungspolitischen Themen und den Leistungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Nur wenn EZA verstärkt auf der politischen Agenda steht, kann die Thematik eine gesellschaftliche Aufwertung erfahren.

Aufgabe der entwicklungspolitischen ExpertInnen, wie zum Beispiel von der ADA, ist es, geeignete Maßnahmen zur Umsetzung zu definieren. Die Parlamente in unseren Partnerländern im Süden und Osten sind gefordert, den Einsatz der EZA-Mittel zu lenken und zu kontrollieren und sie stellen die Brücke zur Zivilgesellschaft dar.

*Gibt es den Wunsch nach einer generell verstärkten Zusammenarbeit mit dem österreichischen Parlament?*

Ja, wie gesagt, wir brauchen die Unterstützung des Parlamentes insgesamt. Das wichtigste gemeinsame Projekt derzeit ist der „Parlamentarische Nord-Süd Dialog“ sowie die, von der ADA regelmäßig organisierten Informationsreisen für Abgeordnete in die OEZA Partnerländer.

Darüber hinaus werden natürlich informelle Kontakte v. a. zum Informationsaustausch und -abgleich gepflegt. Entwicklungszusammenarbeit aber sollte über diesen Kreis hinausgehen und auch Thema für andere Politikbereiche und damit für Abgeordnete aus unterschiedlichen Ausschüssen sein. Dies würde auch die Kohärenz in Österreich voranbringen.

## OEZA-Schwerpunktregionen mit ihren Schwerpunktländern im Süden:

- » Zentralamerika: Nicaragua
- » Westafrika/Sahel: Kap Verde, Burkina Faso
- » Ostafrika: Äthiopien, Uganda
- » Südliches Afrika: Mosambik
- » Himalaya/Hindukusch: Bhutan
- » Naher Osten: Palästinensische Gebiete

## OEZA-Schwerpunktregionen mit ihren Schwerpunktländern im Osten:

- » Südosteuropa/Westbalkan: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Serbien, Kosovo
- » Südkaukasus

## Schwerpunktthemen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit:

Neben den Schwerpunktländern und -regionen werden im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik auch die Schwerpunktthemen der OEZA bestimmt.

### Im aktuellen Dreijahresprogramm der OEZA 2008 – 2010 sind dies:

- » Wasser und Siedlungshygiene
- » Ländliche Entwicklung
- » Energie
- » Privatsektorentwicklung
- » Bildung und Wissenschaft
- » Governance

Quelle: Dreijahresprogramm der OEZA 2008-2010, BMeiA

*Wie kann das österreichische Parlament dazu beitragen, die Wirksamkeit der OEZA zu erhöhen?*

Die Spiel- und Gestaltungsräume für die ADA werden von politischen Entscheidungen bestimmt, insbesondere auch was die Höhe der EZA-Mittel für die ADA anlangt. Qualitative und quantitative Weiterentwicklung sind wesentlich, wenn der Beitrag Österreichs zur Erreichung der internationalen Ziele steigen soll. Ich wünsche mir einen verstärkten politischen Diskurs im Parlament über Entwicklungspolitik, um das Zusammenspiel mit anderen Politikfeldern aufzuzeigen und zu verstärken. Schließlich gilt es, möglichst viele Abgeordnete für diese globalen und auch für Österreich wichtigen Fragen zu gewinnen. Schließlich können die Herausforderungen von heute nur im internationalen Kontext gelöst werden.

## Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe (AG Globale Verantwortung)

Interview mit Mag.<sup>a</sup> Ruth Picker, E.M.A., Geschäftsführerin

*Welche Rolle spielt die AG Globale Verantwortung bei der Umsetzung der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Österreich?*

Die AG Globale Verantwortung vertritt, als Dachverband von 39 NGOs, einen Teil der österreichischen Zivilgesellschaft, nämlich jene nicht-staatlichen Organisationen und Institutionen, die in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, entwicklungspolitische Inlandsarbeit, Humanitäre Hilfe sowie nachhaltige globale wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung tätig sind. In

dieser Funktion hat die AG Globale Verantwortung ähnliche Interessen wie das Parlament, nämlich gesamtgesellschaftliche Aspekte und Interessen in den politischen Entscheidungsfindungsprozess hineinzutragen, die in der Dynamik der Regierungsarbeit verloren gehen können.

Die Integration der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Pariser Erklärung wurde im Aktionsplan von Accra offiziell beschlossen und äußert sich in Österreich derzeit durch einen intensivierten Dialog der AG Globale Verantwortung mit dem BMeiA und der ADA, im Zuge dessen gewisse Einflussmöglichkeiten, vor allem in genauer definierten Bereichen und Maßnahmen entstanden ist. Diese Entwicklung wird positiv wahrgenommen, jedoch würde man sich von Seiten der AG Globale Verantwortung eine weitergehende Einbindung auch in allgemeineren Bereichen, wie bei der Erstellung und jährlichen Fortschreibung des Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik bzw. des benötigten langfristigen Strategieentwurfs, dem „White Paper“, wünschen.

*Halten Sie die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit für den richtigen Weg, um Entwicklungshilfe effizienter und effektiver zu gestalten?*

Die Ziele und Prinzipien der Pariser Erklärung sind grundsätzlich begrüßenswert. Sie stellen beispielsweise durch die Nutzung nationaler Beschaffungs- und Finanzierungssysteme einen Emanzipationsschritt in den Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden dar. Aus zivilgesellschaftlicher Sicht stellt die Pariser Erklärung zwar einen wichtigen Baustein für die Verbesserung der internationalen EZA dar, jedoch müssten auf der Umsetzungsebene tiefer gehende Analysen der Wirkungszusammenhänge durchgeführt werden, damit festgestellt werden kann,



wie sich Interventionen tatsächlich auswirken und ob dies auch gewünscht ist.

Eine derartige Analyse müsste – nach dem Bottom-Up Prinzip – an der zivilgesellschaftlichen Ebene ansetzen, damit die jeweiligen Entwicklungsstrategien auch tatsächlich an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet sind.

*Wie stellt sich derzeit der Kontakt zwischen der AG Globale Verantwortung und dem Parlament dar? Was würden Sie sich im Hinblick auf einen Ausbau der Zusammenarbeit wünschen?*

Das Parlament könnte ein wesentlicher Akteur bei der Umsetzung der Pariser Erklärung sein, da es das Dreijahresprogramm, und damit strategische Grundlagen der OEZA, beschließen kann und die Kontrolle über das Budget ausübt. Derzeit existieren formalisierte Kontakte mit dem entwicklungspolitischen Unterausschuss im Parlament, an dessen Sitzungen die AG Globale Verantwortung auf Einladung teilnimmt.

Unser Ziel ist es, durch gezielte entwicklungspolitische Bildungsarbeit mehr Abgeordnete für die Thematik zu gewinnen, damit auch in anderen Ausschüssen entwicklungspolitische Auswirkungen der Politiken mitgedacht werden.

Dies entspricht der im EZA-Gesetz festgelegten Verpflichtung des Bundes zu Kohärenz entwicklungspolitisch relevanter Politikfelder. Die AG Globale Verantwortung ist jederzeit bereit, dem Parlament ihre Expertise zur Verfügung zu stellen.

*Wie kann das österreichische Parlament dazu beitragen, die Wirksamkeit der OEZA zu erhöhen?*

Die AG Globale Verantwortung erachtet im Sinn einer Einbeziehung des Parlamentes bei der Umsetzung der Pariser Erklärung folgende Maßnahmen für zweckmäßig:

» Die Erhöhung der Anzahl parlamentarischer Debatten zu globalen politischen Fragen und Zusammenhängen, damit die Thematik eine politische Aufwertung erfährt. Dies wird als Voraussetzung für weitere Finanzierungen und kohärente Entscheidungen in anderen Politikfeldern angesehen und entspricht den Empfehlungen des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC).

» Das Parlament sollte versuchen, die abstrakten Zusammenhänge der internationalen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf Österreich auf breiter Ebene der Bevölkerung zu vermitteln, damit die Thematik eine gesellschaftliche Aufwertung erfährt und das Verständnis gestärkt wird, dass es bei Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe auch um Fragen der globalen sozialen Gerechtigkeit geht.

» Die Abgeordneten sollten sich im Nationalrat für folgende Forderungen einsetzen:

- › Ein eigenständiger Entwicklungsausschuss, der sich mit globalen Entwicklungen beschäftigt und die Thematik aus ihrem Nischendasein befreit.
- › Ein entwicklungspolitisches Koordinierungsgremium, das auf Basis verbindlicher Kooperationen...



rationsmechanismen für kohärente Ministerratsbeschlüsse sorgt, damit mehr politische Entscheidungen getroffen werden können, die entwicklungspolitische Zielsetzungen unterstützen statt sie zu unterminieren.

- › Erstellung eines Weißbuchs („White Paper“) der Regierung zur Erhöhung der politischen Kohärenz, in dem eine mittelfristige und ganzheitliche Entwicklungsstrategie für Österreich entwickelt wird, da das Prinzip der Eigenverantwortung auch für Österreich gilt. Dies würde zur Effektivität der österreichischen EZA beitragen.
- › Rechtlich verbindlich budgetierte Aufstockungen der Mittel für EZA und Humanitäre Hilfe, die in Form eines Stufenplanes ausgehandelt werden und den Vereinbarungen Österreichs in der EU und gegenüber der UNO entsprechen.

Zwei grundlegende Anregungen an das Parlament und die Abgeordneten werden von den drei befragten Akteuren übereinstimmend formuliert:

- › Die politische Aufwertung entwicklungspolitischer Themen durch einen verstärkten Diskurs im Parlament.
- › Die gesellschaftliche Aufwertung entwicklungspolitischer Themen durch die Vermittlung komplexer internationaler Zusammenhänge an die Bevölkerung.

Durch eine derartige politische und gesellschaftliche Aufwertung sollen Forderungen an die Bundesregierung leichter argumentierbar und durchsetzbar werden, wie beispielsweise die Erhöhung der EZA-Mittel, die Erstellung einer mittelfristigen, ganzheitlichen Entwicklungsstrategie („White Paper“) oder ein rechtlich verbindliches, gemeinsames ODA-Budget.







# ZUSAMMENFASSUNG

Das Projekt „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ zielt darauf ab, den Nord-Süd Diskurs und Dialog auf parlamentarischer Ebene zu unterstützen. Die zentralen Zielsetzungen des Projekts sind die Förderung entwicklungspolitischer Themen im österreichischen Parlament durch regelmäßige Informationsarbeit, der Aufbau einer parlamentarischen Partnerschaft und Kooperation zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament, sowie die Stärkung der AWEPA-Sektion (European Parliamentarians for Africa) im österreichischen Parlament.

Im Zusammenhang mit der Bereitstellung von entwicklungspolitisch relevanten und aktuellen Informationen fand am 24. Juni 2009 die Veranstaltung „Getting Involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit“ im österreichischen Parlament statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Die Erklärung, die im Jahr 2005 auf dem 2. Hochrangigen Forum in Paris verabschiedet wurde, ist ein vorläufiger Höhepunkt der internationalen entwicklungspolitischen Debatten rund um die Erhöhung der Qualität und Effektivität von bi- und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit und -hilfe. Die einzelnen Maßnahmen der Pariser Erklärung sind an fünf zentrale Prinzipien gekoppelt, die von den Unterzeichnerstaaten und -organisationen als entscheidende Bereiche notwendiger Reformen erachtet wurden:

- » Stärkung der Eigenverantwortung der Partnerländer (Ownership),
- » Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit auf die nationalen Entwicklungsstrategien, -institutionen und -verfahren (Alignment),
- » Harmonisierung der Geberaktivitäten (Harmonisation),
- » Einführung eines ergebnisorientierten Managements (Managing for Results) und
- » gegenseitige Rechenschaftspflicht (Mutual Accountability).

Innerhalb dieser Prinzipien enthält die Pariser Erklärung konkrete Partnerschaftsverpflichtungen, sowie zwölf klar definierte und zeitbezogene Indikatoren, anhand derer die Erfolge der gemeinsamen Anstrengungen für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit gemessen werden. Die Fortschritte, die durch die Umsetzung der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der Bemühungen um die Bekämpfung der globalen Armut bzw. die Verbesserung der Lebenssituationen von Millionen von Menschen auf unserer Erde erzielt werden sollen, wurden grundsätzlich begrüßt. Kritik an der Erklärung und ihren Leitprinzipien kam vor allem von Seiten der Zivilgesellschaft und der Vertreterorganisationen nationaler Parlamente,

denn Parlamente und Abgeordnete – als zentrale Institution der Demokratie eines Landes – wurden nicht als wichtige Akteure im Wirksamkeitsprozess identifiziert, und einer breiten demokratischen Beteiligung bei der Umsetzung der Prinzipien der Pariser Erklärung wurde im Norden wie im Süden wenig Bedeutung geschenkt.

AWEPA und ihre Partnerorganisationen kritisieren diesen Umstand und fordern eine verstärkte Einbindung nationaler Parlamente in die Weiterentwicklung und Umsetzung der Pariser Erklärung. Eine Delegation unter der Leitung von AWEPA präsentierte einen diesbezüglichen Forderungskatalog beim 3. Hochrangigen Forum in der ghanaischen Hauptstadt Accra im September 2008. Die demokratische Eigenverantwortung der Nationalstaaten bei der Umsetzung der Pariser Erklärung sollte durch umfassende Beteiligungsrechte sowohl für Parlamente als auch für die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Die Delegation konnte maßgeblich dazu beitragen, dass im Abschlussdokument des Forums, dem Aktionsplan von Accra, das Ziel einer breiteren Beteiligung der Parlamente zur Gewährleistung von Transparenz und Rechenschaftspflicht festgeschrieben wurde.

In Österreich bewerten relevante Institutionen und Organisationen die Pariser Erklärung und ihre Ziele grundsätzlich positiv, da durch die übergeordneten Prinzipien und die jeweiligen Maßnahmen die Leistungen der bi- und multilateralen Entwick-

lungszusammenarbeit im gesamten zielgerichteter und resultatorientierter werden. In Interviews betonten VertreterInnen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, der Austrian Development Agency und der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe – Globale Verantwortung – die wichtige Rolle des Parlaments, da die Abgeordneten durch einen verstärkten Diskurs im Parlament sowie durch die Vermittlung komplexer internationaler Zusammenhänge an die Bevölkerung zu einer notwendigen politischen und gesellschaftlichen Aufwertung der Themen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit beitragen können.

Eine derartige Aufwertung würde aus Sicht der InterviewpartnerInnen dazu beitragen, dass Forderungen an die Regierung leichter argumentierbar und durchsetzbar werden, wie beispielsweise die Erhöhung der EZA-Mittel, die Erstellung einer mittelfristigen, ganzheitlichen Entwicklungsstrategie oder ein rechtlich verbindliches, gemeinsames Entwicklungshilfe-Budget. Das Parlament und die Abgeordneten sind aus Sicht der genannten Institutionen und Organisationen in der besten Position, den politischen Dialog und gesellschaftlichen Diskurs zu stärken, und aktiv und konstruktiv an der Umsetzung der Pariser Erklärung und damit an der nachhaltigen Lösung internationaler Probleme zu partizipieren.

## SEMINAR AGENDA

# Getting involved –

## Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit

Österreichisches Parlament, Budgetsaal, 24. Juni 2009, 10.00 – 16.00 Uhr

- 
- 10.00 – 11.00 Session I: Die Bedeutung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zur Erreichung der Millennium Entwicklungsziele – die Rolle von ParlamentarierInnen im Norden und Süden  
Moderation des Seminars: Kristen Heim, AWEPA – Referentin „Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit“
- 10.00 – 10.05 Eröffnung  
Nationalratspräsidentin Barbara Prammer
- 10.05 – 10.20 Die neue EZA-Struktur – eine geeignete Strategie zur Reduzierung der Armut in der Welt?  
Marina Ponti, UN Millennium Kampagne, Direktorin für Europa
- 10.20 – 10.40 Die Rolle von ParlamentarierInnen im Prozess der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit – Aufgaben und Hindernisse  
Brendan Howlin, stellvertretender Präsident des irischen Repräsentantenhauses (Dáil Éireann), AWEPA Vizepräsident
- 10.40 – 11.00 Die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Mosambik: Analyse der aktuellen Situation aus Sicht einer Parlamentarierin  
Virginia Videira, Vorsitzende des Planungs- und Budgetausschusses des Mosambikanischen Parlaments
- 11.00 – 11.15 Fragen aus dem Publikum
- 
- 11.15 – 12.30 Session II: Direkte Budgethilfe, Rechenschaftspflicht und wirksame Entwicklungszusammenarbeit
- 11.15 – 11.30 Direkte Budgethilfe in der österreichischen EZA – Möglichkeiten der parlamentarischen Beteiligung aus Sicht der ADA (Austrian Development Agency)  
Laura Leyser, Austrian Development Agency, Referentin für öffentliche Finanzen

- 11.30 – 11.45 Erhöhung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit in den Geberländern – die Rolle der Parlamente und der Zivilgesellschaft  
Karin Küblböck, Österreichische Forschungsförderung für Internationale Entwicklung (ÖFSE), Referentin für Weltwirtschaft
- 11.45 – 12.00 Erhöhung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit in den Partnerländern – Budgethilfe in Mosambik: (Aus)Wirkung und Herausforderungen  
Ulrich Golaszinski, Friedrich Ebert Stiftung (FES), Afrika Referat
- 12.00 – 12.15 Das AWEPA-Programm zur Stärkung der Kapazitäten in der parlamentarischen Budgetkontrolle  
Jeff Balch, Association of European Parliamentarians for Africa (AWEPA), Direktor Forschung und Evaluation
- 12.15 – 12.30 Fragen aus dem Publikum
- 12.30 – 13.30 Lunch im Abgeordnetensprechzimmer
- 
- 13.30 – 14.30 Session III: Die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und die Rolle des Parlaments in Österreich
- 13.30 – 14.15 Stellungnahmen und Diskussion der VertreterInnen der österreichischen Parlamentsparteien zu den Möglichkeiten der Abgeordneten den Prozess der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen  
Kai Jan Krainer (SPÖ), Peter Sonnberger (ÖVP), Robert Lugar (BZÖ), Judith Schwentner (Die Grünen)
- 14.15 – 14.30 Fragen und Statements aus dem Publikum
- 
- 14.30 – 16.00 Session IV: Podiumsdiskussion: Auf dem Weg zu einer Erhöhung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit – Herausforderungen und Hindernisse
- 14.30 – 15.30 Podiumsdiskussion:  
Brendan Howlin (AWEPA), Virginia Videira (Mosambikanisches Parlament), Franz Glaser (Entwicklungspolitischer Unterausschuss), Anton Mair (BMeiA), Robert Zeiner (ADA), Marina Ponti (UN), Ulrich Golaszinski (FES)
- 15.30 – 16.00 Fragen und Statements aus dem Publikum

# QUELLENVERZEICHNIS

## KAPITEL 1

Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit: Deutsche Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD, 19. April 2006, <http://www.oecd.org/dataoecd/37/39/35023537.pdf>

Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen verabschiedet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Abschluss des Millenniumsgipfels in New York vom 6. – 8. September 2000: <http://www.dgvn.de/mdg.html>

OECD-DAC: Aid Effectiveness: A Progress Report on Implementing the Paris Declaration, 2009  
[www.oecd.org/dac/effectiveness/monitoring/survey](http://www.oecd.org/dac/effectiveness/monitoring/survey)

Wille und Wege zur Wirkung. Die Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und ihre Folgen. Hrsg: Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe und Cercle de Coopération Luxembourg, Wien, November 2008.

## KAPITEL 2

Aktionsplan von Accra: <http://www.oecd.org/dataoecd/62/34/42564567.pdf>

AWEPA: AWEPA's perspective on how European Parliamentarians can contribute to Aid Effectiveness, draft paper, Amsterdam 2009

Bericht der Schweizer Delegation bei der Interparlamentarischen Union vom 31. Dezember 2008  
[http://www.parlament.ch/afs/data/d/bericht/2009/d\\_bericht\\_v\\_k33\\_0\\_20090015\\_0\\_20081231.htm#2](http://www.parlament.ch/afs/data/d/bericht/2009/d_bericht_v_k33_0_20090015_0_20081231.htm#2)

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH: Good Governance und Demokratieförderung zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Ein Diskussionspapier, Abteilung Staat und Demokratie, Sektorvorhaben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Eschborn 2004

Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit: Deutsche Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD, 19. April 2006, <http://www.oecd.org/dataoecd/37/39/35023537.pdf>

Interview mit Dr. Ulrich Golaszinski, Leiter des Afrika Referats der Friedrich-Ebert Stiftung, geführt von Michael Fink und Dr.<sup>in</sup> Ingrid Pranger am 23. Juni 2009 (im Rahmen der Veranstaltung „Getting involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit“)

Nohlen, Dieter/Schulze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Bd. 2, N-Z. Theorie, Methoden, Begriffe. Beck Verlag/München 2005

Redebeitrag von Hon. Brendan Howlin anlässlich der Veranstaltung „Getting involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit“ am 24. Juni 2009 im Österreichischen Parlament

## KAPITEL 3

Interview mit Mag. Anton Mair, stellvertretender Leiter der Sektion VII. Entwicklungszusammenarbeit und Leiter der Abteilung VII.2. Entwicklungspolitik im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) und Dr.<sup>in</sup> Anita Weiss-Gänger, Sektion VII. Entwicklungszusammenarbeit und OECD/DAC Delegierte im BMeiA, geführt von Michael Fink und Mag.<sup>a</sup> Jutta Kepplinger am 16. Juli 2009 im Büro des BMeiA.

Interview mit Mag. Robert Zeiner, Leiter Programme und Projekte bei der Austrian Development Agency (ADA), geführt von Michael Fink und Dr.<sup>in</sup> Ingrid Pranger am 20. Juli 2009 im Büro der ADA.

Interview mit Mag.<sup>a</sup> Ruth Picker, E.MA, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe – Globale Verantwortung, geführt von Michael Fink am 23. Juli 2009 im Büro der AG Globale Verantwortung

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Sektion VII – Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit: Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2008–2010. Fortschreibung, Wien 2008.  
[http://www.entwicklung.at/uploads/media/OEZA\\_Dreijahresprogramm\\_2008-2010\\_final\\_Web\\_05.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/OEZA_Dreijahresprogramm_2008-2010_final_Web_05.pdf)

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Sektion VII – Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit/ Austrian Development Agency: OEZA-Bericht 2007. Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen in Zahlen. Teil II.  
[http://www.entwicklung.at/uploads/media/oeza\\_bericht\\_teil\\_2\\_2007.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/oeza_bericht_teil_2_2007.pdf)

